



Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Moritz Kracht
Pressesprecher

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-11
Fax 0211. 49 70 9-35

kracht@fdp.de
www.fdp-nrw.de

Düsseldorf, 25. November 2010

Medien-Information der FDP-NRW

Donnerstag, 25. November 2010

Pinkwart-Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Düsseldorf. Der Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, gab der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (heutige Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellten Reiner Burger:

Herr Pinkwart, 2010 ist das Jahr der großen Abschiede aus der Politik gewesen. Wann war Ihnen klar, dass es keine politische Zukunft mehr für Sie gibt?

Pinkwart: Ich gehöre zu jenen in der Politik, die großen Wert auf persönliche Unabhängigkeit legen. Nun habe ich die reizvolle Möglichkeit, als Rektor der Handelshochschule Leipzig in der Wissenschaft wieder eine spannende Aufgabe zu übernehmen.

Sie hätten Chancen gehabt, Fraktionsvorsitzender zu werden. Warum sind Sie nicht gegen Gerhard Papke angetreten?

Pinkwart: Ich habe stets darauf gesetzt, dass die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt wird. Außerdem wollte ich mich nicht darauf verpflichten, die FDP erneut als Spitzenkandidat in den nächsten Landtagswahlkampf zu führen.

Ist Ihr Ausscheiden aus der Politik nicht auch ein Beleg dafür, dass sich in der nordrhein-westfälischen FDP eher die Wirtschaftsliberalen wie Papke gegen die Sozialliberalen durchgesetzt haben?

Pinkwart: Freiheit ist für mich nicht teilbar. Deshalb lasse ich weder mich noch die FDP auf einen Bindestrich-Liberalismus verkürzen. In den vergangenen Jahren haben wir gerade in Nordrhein-Westfalen viele Erfolge dadurch erzielt, dass wir unsere Themenbreite in den Vordergrund gestellt haben. Die FDP darf sich nicht kleiner machen, als sie ist!

Derzeit ist sie in Umfragen klein.

Pinkwart: Die FDP hatte immer Phasen, in denen sie schlechter dastand. Aber im Vergleich zu den achtziger und neunziger Jahren gibt es heute einen ganz wesentlichen Unterschied: Wir haben erheblich an Substanz gewonnen. Zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen gibt es bei der FDP heute fünfmal mehr kommunale Mandatsträger als Mitte der neunziger Jahre.

Wird die FDP - auch angesichts des Höhenfluges der Grünen - im Parteiensystem überhaupt noch gebraucht?

Pinkwart: Die FDP hat es immer wieder vermocht, dafür zu sorgen, unser Land auf die Mitte hin zu führen. Das ist auch die Rolle der FDP in einem Vielparteiensystem. Das setzt ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit voraus. Es war daher richtig und wichtig, dass wir im Sommer in Nordrhein-Westfalen ernsthaft mit SPD und Grünen sondiert haben, nachdem keine andere Mehrheit der Vernunft möglich war. Ein Fehler war es hingegen, dies vor der Wahl nahezu ganz auszuschließen. Das sollten wir nie wieder tun.

Das klingt, als trauerten Sie noch, dass in Nordrhein-Westfalen keine "Ampel"- Koalition zustande gekommen ist.

Pinkwart: Nein, denn sie ist aus inhaltlichen Gründen gescheitert. Das lag vor allem daran, dass die Grünen der SPD keinen Verhandlungsspielraum gelassen haben, um in der Bildungs- oder der Energiepolitik zu fairen Kompromissen im Interesse des Standorts Nordrhein-Westfalen zu kommen. Der Zustand der SPD bereitet mir große Sorgen. Weder im Land noch im Bund bestimmt sie die politische Agenda. Sie lässt sich zu sehr von den Grünen treiben. Das wird der SPD in den kommenden Jahren weiter massiv schaden und somit auch die Koalitionsbildung enorm erschweren. Die SPD muss wieder selbstbewusster im Umgang mit den Grünen werden. Als Arbeitnehmerpartei muss sie sich endlich wieder klar zu den Erfordernissen eines modernen Industrielandes bekennen.

Sind Sie Ihren schwarz-gelben Freunden in Berlin noch gram, die Ihnen mit ihrem Stolperstart die Wiederwahl in Nordrhein-Westfalen vermasselt haben?

Pinkwart: Ich habe im Wahlkampf mit einem Augenzwinkern gesagt: Wir haben so viel Rückenwind aus Berlin, dass uns die Augen tränen. Aber im Ernst: Ich spiele kein Schwarzer-Peter-Spiel. Die Verantwortung für einen Wahlkampf tragen diejenigen, die ihn führen.

Im Wahlkampf hatten Sie versucht, gegenzusteuern, indem Sie die Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen kritisierten.

Pinkwart: Wenn sich die eigene Politik in Widersprüchen verheddert, muss man in der Lage sein, sich zu korrigieren.

Sie haben der FDP in den vergangenen Jahren ein bildungspolitisches Profil gegeben. Schmerzt es Sie, dass die rot-grüne Minderheitsregierung viele Ihrer Ideen wieder rückabwickelt?

Pinkwart: Die rot-grüne Minderheitsregierung kennzeichnet sich durch zwei Merkmale: Stillstand in wichtigen Fragen, etwa der Industriepolitik, und Rückabwicklung erfolgreicher Reformen der Gestaltungscoalition von CDU und FDP. So belegen Untersuchungen eindeutig, dass Studienbeiträge - wenn sie so sozialverträglich ausgestaltet sind, wie wir das gemacht haben - eben nicht vom Studium abschrecken, sondern es schneller und erfolgreicher machen. Das Geld, das Rot-Grün jetzt ausgeben muss, um den Ausfall der Studienbeiträge zu finanzieren, bräuchten wir dringend für die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Das brächte Chancengerechtigkeit am Start für alle, Studienbeiträge abzuschaffen ist also schlichtweg unsozial und unsolidarisch.

Wieso beklagen Sie sich? Rot-Grün entlastet mit der Abschaffung der Studiengebühren doch das klassische FDP-Klientel der Mittelschicht.

Pinkwart: Auf den ersten Blick mag das so sein. Aber in Wahrheit geht das doch zu Lasten aller Studierenden. In Nordrhein-Westfalen haben die Studienbeiträge erhebliche Verbesserungen an den Hochschulen gebracht. Angesichts der hohen Verschuldung des Landes ist die Abschaffung der Studienbeiträge ein glatter Verstoß gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Derzeit scheint der Föderalismus einer gedeihlichen Entwicklung im Bildungswesen hinderlich zu sein. Was ist Ihr Ratschlag?

Pinkwart: Auf ein für die Bildung gutes Jahrzehnt darf jetzt kein Jahrzehnt des Stillstands folgen. Der Bildungsgipfel der Kanzlerin muss wieder mit Leben gefüllt werden. Die Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dass der Bildungsaufstieg Deutschlands ausgebremst wird. Diese Gefahr ist ganz akut. Wir brauchen eine faire Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern. Das Kooperationsverbot muss fallen, damit wir zu einer partnerschaftlichen Bildungsfinanzierung kommen.

Wollen Sie die Schuldenbremse für die Bildung lockern?

Pinkwart: Nein. Wir haben ein massives Verschuldungsproblem. Wie die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Kraft einfach darüber hinwegzugehen und - siehe Studiengebühren - sich mit pseudosozialer Symbolpolitik zu begnügen, ist Zukunftsverweigerung.

Aber Rot-Grün baut doch im Namen der Bildungsgerechtigkeit sogar das Schulsystem um. Ist Ihnen diese Priorität nicht recht?

Pinkwart: Eine Einheitsschule, wie in Nordrhein-Westfalen geplant, führt uns nicht weiter, sondern schafft neue Ungerechtigkeiten. Ein modernes Schulsystem ist zweigliedrig: Neben starken Gymnasien gibt es starke Mittelschulen. Die Sachsen sind sehr erfolgreich damit, und auch in vielen westdeutschen Ländern setzt sich das Modell durch.